

Regierungskommunikation

Parallel zur Präsentation der neuen Medienministerin zum Thema tauchte ein Regierungspapier mit strengeren Regeln zu Förderung, Transparenz und Qualität auf.

Dienstag dieser Woche lud die neue Medienministerin Susanne Raab zur Antrittskonferenz, wo sie ihre Agenda bezüglich der Themen wie Medienförderung, Regierungsinserate, ORF-Gesetz und andere wichtige Themen für die kommenden Monate skizzierte, wobei sie dabei nur einen groben Überblick geben wollte und u.a. beim Thema Regierungsinserate mit ihren Vorstellungen noch eher vage blieb.

Ein der Austria Presse Agentur APA aber vorliegendes Papier zeigt, dass zumindest gerade bei diesem viel diskutierten Thema die Vorstellungen schon weiter gediehen sein könnten.

Ergebnisse bis Ende 2022

Wie die APA vermeldet, sieht ein Ministerratsvortrag einen Maßnahmenkatalog zu evaluieren vor, der unter anderem strengere Regeln und mehr Transparenz für Inseratenschaltungen als auch ein einheitliches Medienförderungsgesetz beinhaltet. Auch soll das Medienförde-

rungsbudget steigen und reine Onlinemedien inkludiert werden, wobei Qualitätskriterien verankert werden sollen.

Die Vorschläge im Ministerratsvortrag sind nur eine Diskussionsgrundlage. Ab Februar wird die Regierung mit der Branche, den anderen Parteien und Wissenschaftlern diskutieren. Ergebnisse sollen bis Ende des Jahres vorliegen, sagte Susanne Raab vor dem Ministerrat am Mittwoch. Auch die Mediensprecherin der Grünen, Eva Blimlinger, hoffte gegenüber der APA auf eine Umsetzung im heurigen Jahr. Sie gab jedoch zu bedenken, dass diverse Fristenläufe eingehalten und in diesem Bereich europäischen Rechtsstandards entsprochen werden muss, womit eine Notifizierung durch die EU-Kommission nötig ist.

Ziel sei es laut Raab, die Inseratenvergabe neu zu organisieren und Kriterien dafür zu entwickeln. Darüber hinaus soll es eine klare Trennung zwischen Inseraten und Medienförderungen geben. Inserate seien nichts Anrühiges, es gebe ein



Im Fokus steht derzeit die entgeltliche Kommunikation der Regierung.



© Styria/Maria Kanizaj

”

Der Fokus auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei der Inseratenvergabe ist der einzig richtige Weg, um etwaige Interessenkonflikte zu vermeiden.

Markus Mair
VÖZ-Präsident

“

legitimes Informationsbedürfnis seitens der Politik, um etwa über die Corona-Impfung oder Gewaltschutz zu informieren, betonte die Medienministerin.

Grüne: „Impulse setzen“

Auch Grünen-Klubchefin Sigrid Maurer als Koalitionspartner bekräftigte, dass es ein legitimes Informationsbedürfnis gebe.

Die Frage sei, ob die Vergabe von Inseraten transparent sei. Sie freue sich jedenfalls sehr darüber, dass dieser Diskussionsprozess nun beginne und „wir einen ganz neuen Impuls setzen wollen“. Das sei den Grünen ein großes Anliegen. Eine vielfältige

und unabhängige Medienlandschaft sei „wichtig für die Demokratie“. Das habe sich in der Pandemie klar gezeigt. „Dabei ist Transparenz ganz wichtig.“

„Gerade das quantitative Missverhältnis zwischen Fördervolumina, die nach klaren gesetzlichen Regeln vergeben werden, auf der einen Seite, und Inseratenbudgets, die überwiegend ohne ausreichende Zielgruppen- und Wirkungsanalyse gesteuert werden, auf der anderen Seite, steht einer zielgerichteten, transparenten Medienpolitik im Weg“, heißt es im Ministerratsvortrag. Um dem entgegenzuwirken, soll „zeitnah“